

A N T W O R T

zu der

Anfrage des Abgeordneten Michael Hilberer (PIRATEN)

betr.: Menschen ohne "Papiere" im Saarland

Vorbemerkung des Fragestellers:

„Umfang und Art nicht legaler Migration lässt sich nur schwer statistisch erfassen. Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus bzw. ohne Papiere stellen einen Teil unserer Gesellschaft dar, leben aber in ständiger Angst, entdeckt zu werden. Ihre Migrationsgeschichten, insbesondere die Gründe, die zu einem Leben in der Illegalität führten, sind sehr unterschiedlich. Totalitäre Gesellschaftssysteme, wirtschaftliche Ausbeutung, soziale Ungerechtigkeit und Krieg treiben Menschen in die Flucht. In vielen Fällen sind westliche Staaten unmittelbar oder mittelbar an der Entstehung oder an der Aufrechterhaltung der entsprechenden Konflikte beteiligt. Das Nicht-Anerkennen solcher Fluchtgründe im deutschen Asylverfahren und die restriktiven Regelungen im Zuwanderungsgesetz bedeuten für Asylsuchende und MigrantInnen oft, dass sie in die Illegalität gezwungen werden.

Es gibt verschiedenste Ursachen für ein Leben ohne gesicherten Aufenthaltsstatus bzw. ohne Papiere.

Zum Beispiel:

- abgelehnte Asylanträge,
- abgelaufene Duldungen von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten,
- Entzug des Aufenthaltsrechts durch strafrechtliche Verurteilung,
- abgelaufene Visa,
- nicht erneuerte Arbeitsgenehmigungen,
- Verlust des Aufenthaltsrechts durch Scheidung.

Trotz der unterschiedlichen Gründe der Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus bzw. ohne Papiere für ein Leben in der "Illegalität" ist ihnen gemeinsam, dass sie durch die bestehende Gesetzeslage im Alltag vom Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung ausgeschlossen und ausgegrenzt werden. Ein Leben ohne gesicherten Aufenthaltsstatus bzw. ohne Papiere bedeutet:

- Recht auf medizinische Versorgung ist de facto nicht gewährleistet,
- keine legalen Erwerbsmöglichkeiten,
- kein Recht Wohnungen anzumieten,
- kein Recht auf Schul- oder Kindergartenplätze,
- erschwerter Zugang zu juristischer Unterstützung,
- ständig angewiesen zu sein auf die Unterstützung anderer,
- mit der Angst zu leben "entdeckt" zu werden,
- jederzeit von Abschiebung bedroht zu sein.“

Vorbemerkung Landesregierung:

Die Landesregierung geht davon aus, dass es sich bei den in der Fragestellung enthaltenen Termini „Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus“, „Menschen ohne Papiere“, „Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus“ und „Illegalisierte“ um Ausländerinnen und Ausländer handelt, die sich im Saarland oder im übrigen Bundesgebiet aufhalten, ohne dass ihr Aufenthalt den Ausländerbehörden bekannt ist. Dieser Umstand kann zum einen darauf beruhen, dass die Betroffenen ohne erforderliche Dokumente eingereist sind und sich im Inland auch nicht bei der Ausländerbehörde gemeldet haben, oder dass eine zunächst legale Migration aufgrund des Wegfalls der erforderlichen Bedingungen zum nicht legalen Aufenthalt führt und der Aufenthaltsort der Ausländerbehörde nicht mehr bekannt ist.

- a) Wie viele Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus leben (gemäß der verfügbaren Daten z.B. von EUROSTAT und/oder von saarländischen Behörden) im Saarland? (Bitte nach Herkunft, Alter und Geschlecht getrennt auflisten. Sollten keine konkrete Statistik vorliegen, wird eine Schätzung erbeten.)
- b) In wie vielen Fällen wurde der Aufenthalt von Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus in den Jahren 2007-2012 im Saarland von den zuständigen Behörden aufgedeckt? (Bitte getrennt nach Geschlecht, Alter und Herkunftsland auflisten.)

- c) In wie vielen Fällen wurden wegen Gefährdung der öffentlichen Gesundheit oder Drogenmissbrauch seit Inkrafttreten der Verwaltungsvorschrift ausnahmsweise Daten im Rahmen der gesundheitlichen Versorgung an die Ausländerbehörde weitergegeben? (Bitte nach Jahr, Institution Grund und Konsequenz für den Hilfesuchenden getrennt angeben.)

Zu Frage 1a:

Personen, deren Aufenthalt in Deutschland den Ausländerbehörden nicht bekannt ist, können nicht erfasst werden. Der Landesregierung liegen daher keine statistischen Daten über diese Personen vor. Insoweit können auch keine Schätzungen von der Landesregierung vorgenommen werden.

Zu Frage 1b:

Für die Jahre 2007 bis 2011 kann die Anzahl der Verfahren wegen unerlaubter Einreise und unerlaubtem Aufenthalt nach dem Aufenthaltsgesetz sowie die Differenzierung nach Herkunft, Alter und Geschlecht nach dem Inhalt der polizeilichen Kriminalstatistik aus den Anlagen 1a bis 1f entnommen werden.

Für das Jahr 2012 liegen noch keine statistischen Daten vor.

Zu Frage 1c:

Der Landesregierung sind keine Fälle der Weitergabe von Daten im Rahmen der medizinischen Versorgung an das Landesverwaltungsamt als Ausländerbehörde bekannt. Sollten solche Daten im Rahmen der medizinischen Behandlung gewonnen worden sein, unterlägen sie der ärztlichen Schweigepflicht.

- a) Wie schätzt die Landesregierung die soziale Lage von Illegalisierten, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und Familien im Saarland ein?
- b) In welcher Lebenssituation befinden sich Kinder und Jugendliche, die gemeinsam mit ihrer Familie oder anderen sozialen Bezugspersonen in Deutschland illegalisiert sind?
- c) Wie hat die Landesregierung Illegalisierte in der Vergangenheit unterstützt? (Bitte getrennt nach Art der Unterstützung und Höhe der Zuwendungen für die letzten fünf Jahre auflisten.)
- d) Welchen Schutz bekommen Illegalisierte in der saarländischen Praxis, wenn sie Opfer sexueller Ausbeutung oder Opfer von Arbeitsausbeutung werden? Wie werden diese Regelungen/Maßnahmen angewendet?

Zu Frage 2a und 2b:

Der Landesregierung ist eine Einschätzung der sozialen Lage von Ausländerinnen und Ausländern, deren Aufenthalt in Deutschland nicht bekannt ist, nicht möglich. Auf die Antwort zu Frage 1a wird verwiesen.

Zu Frage 2c:

Es wird auf die Antwort zu Frage 2d verwiesen.

Zu Frage 2d:

Die Landesregierung hat 2007 den Runden Tisch zur Bekämpfung des Menschenhandels einberufen, um den Schutz und die Versorgung der Opfer sowie die Koordinierung der mit den vom Menschenhandel betroffenen Frauen und Männer befassten staatlichen und nichtstaatlichen Stellen zu verbessern. Weiter verfolgt der Runde Tisch das Ziel, Ausmaß und Erscheinungsformen des Menschenhandels im Saarland zu diskutieren und Verbesserungen bei der Strafverfolgung der Täter zu erreichen. Am Runden Tisch nehmen Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, für Inneres und Sport, der Justiz, der Landkreise und des Regionalverbandes und der Landeshauptstadt Saarbrücken sowie die spezialisierte Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel teil.

Um die Versorgung und soziale Situation für die Opfer von Menschenhandel im Hinblick auf die Sicherung ihrer Versorgung und Unterbringung sowie die Entwicklung von Zukunftsperspektiven für eine eigenständige Existenzsicherung zu verbessern, hat der Runde Tisch einen Handlungsleitfaden entwickelt. Der Handlungsleitfaden richtet sich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Behörden (Sozial- und Jugendämter, Jobcenter als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende, Landesämter, Ausländerbehörden und Beratungsstellen) und beabsichtigt, ihnen Orientierung und Handlungssicherheit im Umgang mit Opfern von Menschenhandel zu geben, damit sie den betroffenen Opfern möglichst rasch soziale Hilfen zur Verfügung stellen können. Ausgehend von der Verbesserung der Situation für die Opfer ist es weiter ein Anliegen, ihre Aussagebereitschaft vor Gericht zu stärken und sie durch geeignete Maßnahmen zur Geheimhaltung ihrer persönlichen Daten besser zu schützen.

Mit finanziellen Mitteln, die das Ministerium für Inneres und Sport aus den Einnahmen aus Straftaten erhebt, wird außerdem ein Notfonds unterhalten. Die Mittel des Notfonds werden dafür verwandt, betroffenen Opfern schnell und unbürokratisch vorläufige Leistungen zu gewährleisten und sie bei einer beruflichen Qualifizierung zu unterstützen, damit sie sich nach ihrer Zeugenaussage eine eigene Existenzsicherung aufbauen können. Der Leitfaden wird kontinuierlich aktualisiert und befindet sich derzeit erneut in Bearbeitung.

Im Jahr 2005 wurde eine Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit der damaligen Landespolizeidirektion und des damaligen Landeskriminalamts (heute Landespolizeipräsidium) und der Fachberatungsstelle für Migrantinnen zum Schutz von Opferzeuginnen von Menschenhandelsfällen im Saarland getroffen. Diese dient dem Schutz und der Betreuung von Opfern des Menschenhandels, soweit sie nicht von den Regelungen des polizeilichen Zeugenschutzes erfasst werden. Opfer im Sinne dieser Kooperationsvereinbarung sind Personen gleich welcher Staatsangehörigkeit (somit auch Ausländerinnen und Ausländer ohne legalen Aufenthaltsstatus), die durch Menschenhandel geschädigt worden sind.

Sobald die Polizei mit potentiellen Menschenhandelsopfern in Kontakt tritt, prüft sie die Einleitung von Maßnahmen im Sinne der Kooperationsvereinbarung und weist die Opfer auf die Möglichkeiten dieser Kooperationsvereinbarung hin. Mit Zustimmung des Opfers stellt die Polizei den Kontakt zur Fachberatungsstelle her. Die professionelle Betreuung der Opfer übernimmt im Saarland die Beratungsstelle für Migrantinnen des Trägervereins Aldona e.V. in Saarbrücken. Im Einzelfall erfolgt eine besonders geschützte Unterbringung des Opfers in Absprache mit der Polizei.

Gleichzeitig erfolgt in Fällen des unerlaubten Aufenthalts von Ausländern eine Verbindungsaufnahme mit der zuständigen Ausländerbehörde zwecks Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für die Opfer von Menschenhandel gemäß § 25 Abs. 4a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), sofern das Opfer die Voraussetzungen erfüllt.

Erfüllt das Opfer die Voraussetzungen nach dem Gesetz zur Harmonisierung des Schutzes gefährdeter Zeugen, kann die Aufnahme ins Zeugenschutzprogramm geprüft werden.

- a) Welche Beratungsstellen zur anonymen Gesundheitsprävention und Erstdiagnostik gibt es nach Kenntnis der Landesregierung im Saarland?
- b) Wie werden diese von der Landesregierung unterstützt?
- c) Wie viele Hilfe- und Ratsuchende wenden sich dorthin? (Bitte für die letzten fünf Jahre getrennt auflisten.)
- d) Welche Möglichkeiten zur gesundheitlichen Versorgung und welchen Schutz vor Abschiebung erhalten schwangere Frauen und Kinder?
- e) Welche Lösungen bzw. Strategien gibt es im Saarland für die Gesundheitsversorgung oder Behandlung für Illegalisierte? Besteht die Möglichkeit eine "Clearingstelle", etwa einen Pool von Fachärzten sowie eine Notfallhotline, einzurichten?

Zu Frage 3a:

Die Beratungsstellen zur anonymen Gesundheitsprävention und Erstdiagnostik, die der Landesregierung bekannt sind, sind der beigefügten Anlage 2 zu entnehmen. Eine Erstbehandlung und Diagnostik ist zudem in der Ärztlichen Praxis für Obdachlose des Diakonischen Werkes in der Johannisstraße in Saarbrücken möglich. Darüber hinaus ist grundsätzlich jeder Arzt auch zur Behandlung von Ausländerinnen und Ausländern ohne legalen Aufenthaltsstatus verpflichtet.

Zu Frage 3b:

Nach dem Haushaltsplan des Saarlandes für das Kalenderjahr 2013 werden zur Erfüllung ihrer Aufgaben insgesamt die von der Aldona e.V. vorgehaltenen Beratungsstellen für Prostituierte und für Migrantinnen mit 292.400 Euro (Kapitel 0503 Titel 68402), pro familia mit 1.438.000 Euro (Kapitel 0503 Titel 68403) und die AIDS-Hilfe Saar e.V. mit 180.000 Euro (Kapitel 0508 Titel 68678) finanziell unterstützt.

Zu Frage 3c:

Dazu liegen der Landesregierung keine Zahlen vor.

Zu Frage 3d:

Es wird davon ausgegangen, dass sich die Fragestellung auf die Möglichkeiten einer für die Betroffenen kostenlosen gesundheitlichen Versorgung bezieht.

Ausländerinnen und Ausländer ohne legalen Aufenthaltsstatus sind vollziehbar ausreisepflichtig und somit Leistungsberechtigte im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes. Sie haben unter den Voraussetzungen des §§ 4 und 6 des Asylbewerberleistungsgesetzes Anspruch auf Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt. Weitere Anspruchsvoraussetzung ist, dass ein diesbezüglicher Leistungsbedarf besteht, weil die Betroffenen nicht in der Lage sind, die Leistungen aus eigenen Mitteln finanzieren zu können. Zur Prüfung des Bedarfs ist es erforderlich, dass die Betroffenen Angaben zu ihrer Identität und ihren persönlichen wirtschaftlichen Verhältnissen machen. Ohne die Erfüllung dieser Mitwirkungsverpflichtung besteht kein Leistungsanspruch.

Die Frage der Gewährung von Abschiebungsschutz richtet sich nach den all-gemeinen Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes oder des Asylverfahrensrechts und ist im jeweiligen Einzelfall zu prüfen.

Zu Frage 3e:

Strategien für die Gesundheitsversorgung von Personen, deren Aufenthalt in Deutschland den Behörden nicht bekannt ist, sind nicht möglich. Das saarländische Gesundheitssystem steht aber grundsätzlich allen Menschen, die Hilfe brauchen, offen. Erste Hilfe bzw. Ersttherapie und Diagnostik wird überall geleistet.

- a) Erstreckt sich nach Auffassung der Landesregierung die Schulpflicht im Saarland auch auf Kinder ohne legalen Aufenthaltsstatus?
- b) Wie wird die Einhaltung der Ausnahme der Übermittlungspflicht nach § 87 Abs. 1 und 2 AufenthG für Schulen und sonstige Erziehungs- und Bildungseinrichtungen kontrolliert?
- c) Kommt die in der vorherigen Frage angesprochene Ausnahme im AufenthG explizit in der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Saarland vor?

- d) Gab oder gibt es Anweisungen an Schulleitungen bzw. Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern hinsichtlich ihrer Aufenthaltsgenehmigung zu befragen? Wenn ja, welche?
- e) Meldeten Schulen vor Inkrafttreten des 2. EU Richtlinienumsetzungsgesetzes Schülerinnen und Schüler bei den Behörden, wenn keine Aufenthaltsgenehmigungen vorlagen? Gab es Fälle, in denen die betreffenden Personen und/oder deren Familien in der Folge abgeschoben wurden? (Bitte nach Kreisen und Schultypen für die letzten fünf Jahre aufschlüsseln.)

Zu Frage 4a:

Nach § 1 Absatz 1 des Schulpflichtgesetzes besteht im Saarland allgemeine Schulpflicht für alle Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, die im Saarland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre Berufsausbildungs- oder Arbeitsstätte haben. Schulpflicht besteht somit auch für ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende ohne legalen Aufenthaltsstatus.

Zu Frage 4b:

Eine Kontrolle der Einhaltung der Ausnahme der Übermittlungspflicht nach § 87 Abs. 1 und 2 des Aufenthaltsgesetzes ist nicht möglich. Der Landesregierung sind keine Anhaltspunkte dafür bekannt, dass sich die Schulen nicht an das geltende Recht halten.

Zu Frage 4c:

Die Regelungen über die Schulpflicht sind Teil der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Saarland.

Zu Frage 4d:

Nein.

Zu Frage 4e:

Nein.

Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Beratung und Fürsorge von Illegalisierten eine genuine Aufgabe von Nichtregierungsorganisationen und Kirchen ist? Wenn ja, warum?

Zu Frage 5:

Die Landesregierung nimmt keine Bewertung der Aufgaben von Nichtregierungsorganisationen und Kirchen vor.

In welchen das Thema dieser Anfrage betreffenden Bund-Länder-Arbeitsgruppen ist das Saarland durch wen vertreten?

Zu Frage 6:

Grundsätzlich jährlich findet eine Tagung der Leiter der in Bund und Ländern bestehenden Organisationseinheiten für Schleusungskriminalität und Menschenhandel statt. Für das Saarland nimmt an dieser Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Leiter des zuständigen Dezernates des Landespolizeipräsidiums teil.

- a) Wie werden illegalisiert lebende Kinder und Jugendliche vor Ausbeutung und Gewalt geschützt? Wo und auf welcher Ebene sehen die Behörden im Saarland konkreten Handlungsbedarf?
- b) Hält die Landesregierung die Möglichkeiten zur Gesundheitsversorgung für Illegalisierte für ausreichend und wirkungsvoll?
- c) Welche psychologischen und sozialpädagogischen Hilfen gibt es für traumatisierte Kinder und Jugendliche, die illegalisiert leben müssen?
- d) Hält die Landesregierung es für sinnvoll eine offizielle Anlaufstelle zu schaffen, bei der Patienten und Patientinnen ohne Papiere jederzeit eine medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, entdeckt und abgeschoben zu werden? Wenn ja, wie und wann kann das Projekt umgesetzt werden?
- e) Welche Maßnahmen nutzt das Saarland, um Illegalisierte über die Möglichkeiten einer medizinischen Versorgung zu informieren?

Zu Frage 7a:

Die Landesregierung hat keine Erkenntnisse zu Fällen von Gewalt und Ausbeutung gegenüber illegal im Saarland lebenden Kindern und Jugendlichen.

Zu Frage 7b und 7c:

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 3a und 3d verwiesen.

Zu Frage 7d:

Die Landesregierung hält es nicht für sinnvoll, im Saarland eine „offizielle Anlaufstelle zu schaffen, bei der Patienten und Patientinnen ohne Papiere jederzeit eine medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, entdeckt und abgeschoben zu werden“. Das Verwaltungshandeln ist an Recht und Gesetz gebunden. Zielsetzung des Verwaltungshandelns sollte die Herstellung rechtskonformer Verhältnisse sein. Auf die Antwort zu Frage 3d wird verwiesen.

Zu Frage 7e:

Es wird auf die Antwort zu Frage 3a verwiesen.

In wie vielen Fällen kam es in den Jahren 2007-2012 zu einer Übermittlung aufgrund von § 87 AufenthG durch Arbeitsgerichte? (Bitte aufschlüsseln nach den im AufenthG, §§ 87 ff., genannten Tatbeständen).

Zu Frage 8:

Mitteilungen nach § 87 AufenthG werden durch die Arbeitsgerichte statistisch nicht erfasst.

Anlage 1a

Berichtsjahr	Saarland	Tatverdäch- tige insges.	Kinder bis 14 Jahre	Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre)	Heran- wachsende (18 bis unter 21 Jahre)	Erwachsene ab 21 Jahre							60 und älter	Insge- samt
						21	25	30	40	50				
						-- b i s u n t e r --								
						25	30	40	50	60				
	Tatverdächtige insgesamt													
2007	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	392	0	20	33	97	96	101	37	7	1	339		
2008	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	179	1	7	23	35	42	45	19	4	3	148		
2009	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	613	0	47	56	145	105	65	59	25	5	510		
2010	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	761	15	123	60	130	160	174	67	27	5	563		
2011	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	867	27	261	103	118	141	141	61	10	5	476		
2007	Illegaler Aufent- halt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	144	0	3	16	22	35	38	21	8	1	125		
2008	Illegaler Aufent- halt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	249	0	11	27	70	60	50	25	5	1	211		
2009	Illegaler Aufent- halt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	146	0	9	13	40	18	16	22	4	3	124		
2010	Illegaler Aufent- halt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	130	0	12	13	21	30	28	17	7	2	105		
2011	Illegaler Aufent- halt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	144		9	11	24	26	43	18	11	2	124		

Berichtsjahr	Saarland	Tatverdäch- tige insges.	Kinder bis 14 Jahre	Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre)	Heran- wachsende (18 bis unter 21 Jahre)	Erwachsene ab 21 Jahre						
						21	25	30	40	50	60 und älter	Insge- samt
						-- b i s u n t e r --						
						25	30	40	50	60		
davon:	Männliche Tat- verdächtige											
2007	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	315	0	15	26	83	79	79	29	3	1	274
2008	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	147	1	7	22	24	32	38	16	4	3	117
2009	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	495		40	47	84	118	142	47	15	2	408
2010	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	647	11	122	53	104	130	152	54	18	3	461
2011	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	772	16	256	93	101	121	122	50	9	4	407
2007	Illegaler Aufent- halt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	108	0	3	13	16	24	29	15	7	1	92
2008	Illegaler Aufent- halt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	216		10	25	65	47	46	20	3		181
2009	Illegaler Aufent- halt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	110		5	10	17	30	26	18	3	1	95
2010	Illegaler Aufent- halt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	102		11	10	16	21	24	14	4	2	81
2011	Unerlaubter Aufenthalt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	121		8	9	23	22	38	12	9		104

Berichtsjahr	Saarland	Tatverdäch- tige insges.	Kinder bis 14 Jahre	Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre)	Heran- wachsende (18 bis unter 21 Jahre)	Erwachsene ab 21 Jahre							Insge- samt
						21	25	30	40	50	60 und älter		
						-- b i s u n t e r --							
						25	30	40	50	60			
	Weibliche Tat- verdächtige												
2007	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	77	0	5	7	14	17	22	8	4	0	65	
2008	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	32			1	11	10	7	3			31	
2009	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	118		7	9	22	27	28	12	10	3	102	
2010	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	114	4	1	7	26	30	22	13	9	2	102	
2011	Unerlaubte Ein- reise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a AufenthG	95	11	5	10	17	20	19	11	1	1	69	
2007	Illegaler Aufent- halt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz	36	0	0	3	6	11	9	6	1	0	33	
2008	Illegaler Aufent- halt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	33		1	2	5	13	4	5	2	1	30	
2009	Illegaler Aufent- halt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	36		4	3	4	10	8	4	1	2	29	
2010	Illegaler Aufent- halt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	28		1	3	5	9	4	3	3		24	
2011	Unerlaubter Aufenthalt gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG	23		1	2	1	4	5	6	2	2	20	

Anlage 1b

Berichtsjahr 2007	Unerlaubte Einreise nach AufenthG	Unerlaubter Aufenthalt nach AufenthG
Tatverdächtige nach Staatsangehörigkeit		
Nichtdeutsche insgesamt	391	140
Albanien	4	1
Bosnien und Herzegowina	1	2
Bulgarien	0	2
Frankreich	2	1
Kroatien	1	0
Serbien	35	8
Mazedonien	2	0
Niederlande	1	0
Rumänien	12	3
Russische Föderation	12	6
Türkei	54	24
Tschechische Republik	1	0
Ukraine	1	2
Algerien	24	14
Eritrea	2	0
Benin	1	1
Cote D'Ivoire	2	0
Nigeria	2	3
Gabun	2	0
Gambia	2	1
Ghana	2	4
Mauretanien	1	0
Republik Kongo	1	1
Demokratische Republik Kongo	6	0
Libyen	0	1
Mali	1	0
Marokko	7	4
Mauritius	0	1
Kamerun	6	2
Senegal	0	2
Sierra Leone	1	0
Sudan	1	0
Togo	0	1
Tschad	1	0
Tunesien	4	4
Ägypten	2	1
Brasilien	0	1
Dominikanische Republik	1	0
Ecuador	0	2
Kanada	1	0
Kolumbien	1	0
Kuba	0	2
Venezuela	1	0
Vereinigte Staaten von Amerika	0	2
Armenien	5	3
Afghanistan	4	0
Aserbaidshan	2	0

Berichtsjahr 2007	Unerlaubte Einreise nach AufenthG	Unerlaubter Aufenthalt nach AufenthG
Tatverdächtige nach Staatsangehörigkeit		
Bhutan	1	0
Georgien	2	1
Sri Lanka	5	1
Vietnam	5	3
Indien	23	10
Irak	45	4
Islamische Republik Iran	23	3
Israel	2	1
Kasachstan	1	1
Jordanien	0	1
Kirgistan	1	0
Libanon	8	5
Mongolei	1	0
Pakistan	6	0
Philippinen	2	0
Taiwan	1	0
Arabische Republik Syrien	12	2
China	24	4
Staatenlos	3	1
Ungeklärt	15	4
Ohne Angabe	2	0

Anlage 1c

Berichtsjahr 2008	Unerlaubte Einreise nach AufenthG	Unerlaubter Aufenthalt nach AufenthG
Tatverdächtige nach Staatsangehörigkeit		
Nichtdeutsche insgesamt	178	247
Albanien	3	6
Bosnien und Herzegowina	2	3
Frankreich	1	0
Serbien	9	16
Montenegro	1	1
Republik Moldau	1	3
Portugal	1	0
Rumänien	1	0
Russische Föderation	9	6
Türkei	18	25
Ukraine	2	0
Algerien	31	25
Angola	0	1
Eritrea	1	0
Cote D'Ivoire	0	2
Nigeria	1	2
Gabun	1	0
Ghana	2	2
Mauretanien	1	0
Kenia	0	1
Republik Kongo	2	0
Demokratische Republik Kongo	0	1
Mali	1	1
Marokko	4	5
Burkina Faso	0	1
Guinea	1	0
Kamerun	4	2
Namibia	0	1
Senegal	3	0
Sudan	1	0
Togo	0	1
Tunesien	3	2
Uganda	0	1
Ägypten	0	1
Zentralafrikanische Republik	1	0
Burundi	0	1
Ecuador	0	2
Kanada	0	1
Kuba	1	0
Mexiko	2	0
Nicaragua	0	2
Peru	1	0
Trinidad u. Tobago	0	1
Armenien	4	0
Afghanistan	2	6
Aserbaidshjan	1	1
Georgien	0	3

Berichtsjahr 2008	Unerlaubte Einreise nach AufenthG	Unerlaubter Aufenthalt nach AufenthG
Tatverdächtige nach Staatsangehörigkeit		
Sri Lanka	4	1
Vietnam	4	3
Indien	7	14
Irak	17	67
Islamische Republik Iran	2	4
Israel	0	1
Kasachstan	7	0
Jordanien	1	1
Kirgistan	1	0
Libanon	0	1
Mongolei	3	0
Pakistan	5	4
Korea (Rep.)	0	1
Arabische Republik Syrien	1	12
Thailand	0	1
China	6	5
Staatenlos	0	1
Ungeklärt	4	5

Anlage 1d

Berichtsjahr 2009	Unerlaubte Einreise nach AufenthG	Unerlaubter Aufenthalt nach AufenthG
Tatverdächtige nach Staatsangehörigkeit		
Nichtdeutsche insgesamt	606	144
Albanien	3	2
Bosnien und Herzegowina	7	1
Frankreich	8	0
Kroatien	0	5
Italien	1	1
Montenegro	2	2
Mazedonien	1	0
Republik Moldau	2	1
Kosovo	27	2
Polen	1	0
Rumänien	1	0
Schweiz	1	0
Russische Föderation	18	5
Türkei	59	21
Ukraine	14	0
Belarus	4	1
Serbien	22	8
Algerien	44	7
Angola	4	1
Äthiopien	0	1
Cote D'Ivoire	5	0
Nigeria	1	1
Gabun	1	0
Gambia	1	0
Ghana	2	7
Mauretanien	1	2
Kenia	2	1
Republik Kongo	4	0
Demokratische Republik Kongo	6	1
Liberia	1	0
Mali	1	0
Marokko	24	4
Mosambik	1	0
Sambia	1	0
Burkina Faso	2	0
Guinea	2	0
Kamerun	8	0
Senegal	6	2
Somalia	2	0
Sudan	0	1
Togo	3	2
Tunesien	4	2
Ägypten	0	2
Zentralafrikanische Republik	1	0
Burundi	0	2
Brasilien	1	1
Dominikanische Republik	0	1

Berichtsjahr 2009	Unerlaubte Einreise nach AufenthG	Unerlaubter Aufenthalt nach AufenthG
Tatverdächtige nach Staatsangehörigkeit		
Ecuador	2	0
Haiti	1	0
Kolumbien	2	0
Kuba	1	0
Mexiko	0	1
Vereinigte Staaten	1	1
Jemen	0	1
Armenien	17	3
Afghanistan	35	4
Aserbaidshjan	8	0
Georgien	8	5
Sri Lanka	5	0
Vietnam	5	2
Indien	39	6
Irak	95	3
Islamische Republik Iran	16	1
Kambodscha	0	1
Kirgistan	1	1
Libanon	9	9
Mongolei	2	0
Pakistan	10	1
Philippinen	1	0
Taiwan	2	0
Arabische Republik Syrien	14	1
Thailand	2	1
China	15	4
Malaysia	0	3
Staatenlos	3	3
Ungeklärt	9	6
Ohne Angabe	4	0

Anlage 1e

Berichtsjahr 2010	Unerlaubte Einreise nach AufenthG	Unerlaubter Aufenthalt nach AufenthG
Tatverdächtige nach Staatsangehörigkeit		
Nichtdeutsche insgesamt	761	124
Albanien	3	2
Bosnien und Herzegowina	4	4
Frankreich	5	0
Kroatien	0	2
Montenegro	2	2
Luxemburg	1	0
Mazedonien	5	0
Republik Moldau	2	0
Kosovo	19	4
Rumänien	1	2
Slowakei	1	0
Russische Föderation	19	5
Türkei	64	7
Tschechische Republik	0	1
Ungarn	1	0
Ukraine	4	0
Serbien	26	1
Algerien	35	6
Angola	3	1
Eritrea	0	1
Benin	1	1
Cote D'Ivoire	5	2
Nigeria	6	6
Ghana	3	2
Mauretanien	1	0
Republik Kongo	2	0
Demokratische Republik Kongo	3	1
Liberia	1	1
Madagaskar	1	0
Mali	3	0
Marokko	15	7
Burkina Faso	0	1
Guinea	2	0
Kamerun	8	1
Senegal	1	1
Sierra Leone	0	1
Somalia	10	0
Äquatorialguinea	1	0
Sudan	1	1
Tschad	1	0
Tunesien	11	0
Uganda	0	1
Ägypten	4	2
Brasilien	0	1
Ecuador	1	0
Haiti	1	0
Kanada	1	0

Berichtsjahr 2010	Unerlaubte Einreise nach AufenthG	Unerlaubter Aufenthalt nach AufenthG
Tatverdächtige nach Staatsangehörigkeit		
Kolumbien	0	2
Peru	2	0
Vereinigte Staaten	0	1
Jemen	3	2
Armenien	17	1
Afghanistan	214	12
Aserbaidschan	3	0
Georgien	2	0
Sri Lanka	12	0
Vietnam	3	9
Indien	20	6
Irak	90	6
Islamische Republik Iran	49	0
Japan	1	0
Kasachstan	1	0
Jordanien	1	0
Libanon	2	6
Nepal	1	3
Bangladesch	7	0
Pakistan	10	0
Taiwan	2	0
Republik Korea	1	1
Arabische Republik Syrien	21	2
China	5	3
Staatenlos	8	2
Ungeklärt	6	1
Ohne Angabe	2	0

Anlage 1f

Berichtsjahr 2011	Unerlaubte Einreise nach AufenthG	Unerlaubter Aufenthalt nach AufenthG
Tatverdächtige nach Staatsangehörigkeit		
Nichtdeutsche insgesamt	867	135
Albanien	2	2
Bulgarien	0	1
Frankreich	8	0
Kroatien	0	2
Montenegro	1	0
Luxemburg	0	1
Mazedonien	1	2
Republik Moldau	0	1
Kosovo	22	5
Rumänien	2	0
Russische Föderation	7	5
Türkei	37	11
Ukraine	1	0
Belarus	2	0
Serbien	22	10
Algerien	27	9
Angola	0	2
Eritrea	6	0
Äthiopien	3	0
Benin	2	0
Cote D'Ivoire	3	0
Nigeria	3	0
Simbabwe	1	0
Gambia	3	0
Ghana	3	2
Mauretanien	2	0
Kenia	0	1
Demokratische Republik Kongo	6	0
Liberia	1	0
Libysch-Arabisch Dschamahirija (Libyen)	6	1
Madagaskar	0	1
Mali	1	1
Marokko	8	4
Burkina Faso	1	0
Guinea	3	0
Kamerun	2	1
Senegal	1	0
Sierra Leone	2	0
Somalia	2	3
Sudan	4	0
Tunesien	19	10
Ägypten	2	1
Zentralafrikanische Republik	1	0
Brasilien	0	5
Dominikanische Republik	1	0
Ecuador	0	1
El Salvador	0	1

Berichtsjahr 2011	Unerlaubte Einreise nach AufenthG	Unerlaubter Aufenthalt nach AufenthG
Tatverdächtige nach Staatsangehörigkeit		
Kolumbien	1	0
Mexiko	0	1
Vereinigte Staaten	1	1
Armenien	4	3
Afghanistan	441	5
Aserbaidshan	3	2
Myanmar	1	0
Georgien	3	1
Sri Lanka	8	1
Vietnam	1	7
Indien	18	6
Irak	51	7
Islamische Republik Iran	59	2
Jordanien	1	0
Kambodscha	0	1
Demokratische Volksrepublik Laos	1	0
Kirgisistan	1	0
Libanon	3	0
Nepal	1	1
Bangladesch	5	0
Pakistan	9	3
Philippinen	3	0
Republik Korea	2	0
Königreich Saudi-Arabien	1	0
Arabische Republik Syrien	16	0
China	3	6
staatenlos	5	4
ungeklärt	6	0
ohne Angabe	1	1

Anlage 2

Liste von Beratungsstellen, die Personen, deren Aufenthalt in Deutschland den Behörden nicht bekannt ist, als Ansprechpartner dienen können:

Gesundheitsamt des Landkreises Neunkirchen

Lindenallee 13,
66538 Neunkirchen
Telefon: 06824 - 906-8828
Telefax: 06824 - 906-8824
E-Mail: gesundheitsamt@landkreis-neunkirchen.de

Gesundheitsamt des Landkreises Merzig-Wadern

Hochwaldstr. 44,
66663 Merzig
Telefon: 06861 - 80-420
Telefax: 06861 - 80-414
E-Mail: gesundheitsamt@merzig-wadern.de

Gesundheitsamt des Landkreises St. Wendel

Mommstr. 21-31,
66606 St. Wendel
Telefon: 06851 - 801-0
Telefax: 06851 - 801-470
E-Mail: gesundheitsamt@lkwnd.de

Gesundheitsamt des Regionalverbandes Saarbrücken

Stengelstr. 10-12,
66117 Saarbrücken
Telefon: 0681 - 506 -0
Telefax: 0681 -5390 oder -5391
E-Mail: gesundheitsamtsbr@rvsbr.de

Gesundheitsamt des Landkreises Saarlouis

Choisyring 5,
66740 Saarlouis
Telefon: 06831 - 444-700
Telefax: 06831 - 444-722
E-Mail: gesundheitsamt@kreis-saarlouis.de

Gesundheitsamt des Saarpfalz-Kreises

Am Forum 1,
66424 Homburg
Telefon: 06841 - 104-0
Telefax: 06841 - 104-7501
E-Mail: gesundheitsamt@saarpfalz-kreis.de

AIDS-Hilfe Saar e.V.

Nauwieserstr. 19
66111 Saarbrücken
Tel.: 0681/31112
Tel.: 0681/19411 (Beratung)
E-Mail: info@aidshilfesaar.de

Aldona e.V.

Beratungsstelle für Prostituierte
Postfach 101413
66014 Saarbrücken
Tel.: 0681/37 3631
Mobil: 0172/6843100 und 0173/3065832
E-Mail: Aldona-eV@t-online.de

Beratung für Migrantinnen

Tel.: 0681/37 3631
Mobil: 0172/6843100 und 0173/3065832
beratung.migrantinnen@t-online.de
(insbesondere für hier illegal arbeitende Prostituierte)

pro familia Saarbrücken

Mainzer Straße 106
66121 Saarbrücken
Tel.: 0681/9681-7676

pro familia Neunkirchen

Süduferstraße 14
66538 Neunkirchen
Tel.: 06821/27677